



Per Volksinitiative zur Vollgeldreform

Der Verein «Monetäre Modernisierung» will den Banken die Buchgeld-Produktion aus der Hand nehmen. Eine Volksinitiative ist in Vorbereitung.

Von Ruedi Studer

Bern. – Heute könnten die Banken selber Geld «schöpfen», monieren Kritiker des heutigen Geldsystems. Dem wollen sie einen Riegel schieben, indem eine «Monetative» als vierte Staatsgewalt über die Geldmenge wacht. Eine entsprechende Volksinitiative ist in Vorbereitung.

Nicht nur der Bundesrat will den Bankensektor strenger regeln, auch eine neue Volksinitiative will die Banken härter an die Kandare nehmen. Konkret: Mit der privaten Geldschöpfung durch die Banken soll Schluss sein.

Bank schafft neues Geld

Wer heute bei einer privaten Geschäftsbank einen Kredit aufnimmt, erhält den Betrag nicht in bar, sondern elektronisch auf sein Konto überwiesen. «Buchgeld» wird von der Bank neu geschaffen, die Bankenbilanz vergrössert. Damit tragen die Banken in Boomzeiten zu einer wundersamen Geldvermehrung bei, über welche die Zentralbanken nur bedingt Kontrolle haben. Von der heutigen Geldmenge in der Schweiz sind schätzungsweise nur etwa 15 Prozent als Bargeld real vorhanden.

Dieser privaten Buchgeldschöpfung will der Verein «Monetäre Modernisierung» einen Riegel schieben. An einer Tagung am 13./14. Mai in Winterthur wird nicht nur die Vollgeldreform diskutiert, sondern auch eine entsprechende Volksinitiative vorgestellt. Der provisorische Initiativtext steht bereits, wie Vorstandsmitglied Daniel Meier bestätigt. Die Kernforderung dabei ist klar: Die Geldschöpfung soll ausschliesslich durch die öffentliche Hand erfolgen und die Schweizerische Nationalbank zur «Monetative» werden – zur vierten Staatsgewalt neben Legislative, Exekutive und Judikative. «Unabhängig und dem Gemeinwohl verpflichtet», erklärt Meier. «Das Geldwesen wird damit zu einer öffentlichen Infrastrukturleistung im Sinne eines Service public.»

«Buchgeld» als Zahlungsmittel
Gelten heute nur Banknoten und Münzen als gesetzliche Zahlungsmittel, würde dies nach einer Vollgeldreform auch für das Buchgeld gelten. Aus Giroguthaben würde damit Zentralbankgeld. «Dadurch geschieht mit dem unbaren Buchgeld heute das gleiche wie vor rund hundert Jahren mit den Banknoten. Damals wurden privat ausgegebene Banknoten aufgrund der Gründung der Schweizerischen Nationalbank durch staatliche Zentralbanknoten ersetzt», erläutert der 45-jährige Zürcher. Und gehe eine Bank bankrott, gingen die Zahlungsverkehrs-Kundengelder dank der Reform nicht verloren, da sie ausserhalb der Bankenbilanz stehen würden.

Direkte Geldmengensteuerung

Die heutige indirekte Geldmengensteuerung über die Leitzinsen würde also durch eine direkte Geldmengensteuerung abgelöst. Wäre aufgrund der Wirtschaftsentwicklung eine Erhöhung der Geldmenge nötig, sehen die Initianten zwei Möglichkeiten, das entsprechende Geld in Umlauf zu bringen: Entweder würde die Nationalbank dieses schuld- und zinsfreie Geld dem Bund überweisen, der damit seine Leistungen – etwa Infrastruktur, Bildung oder Gesundheit – mitfinanziert, oder indem man jedem Bürger einen Anteil direkt aufs Konto verbucht. Je nach Wirtschaftswachstum müssten so jährlich einige Milliarden in Umlauf gebracht werden.

Die Banken wiederum könnten ihre Geschäfte wie Kontoführung, Zah-

lungsverkehr oder Kreditvergabe wie bis anhin weiterführen. Mit einer gewichtigen Änderung: Sie könnten nur so viel Kredite vergeben, wie sie an Nationalbankengeld haben. «Sie könnten nicht mehr einfach per Tastendruck am Computer neues Geld finden, sondern müssten mit Vollgeld operieren, welches sie selbst am Finanzmarkt erwirtschaften, von anderen Banken ausleihen oder von den sparenden Kunden akquirieren», sagt Meier. «Die Banken könnten nicht mehr mit selbstgeschöpftem Geld willkürlich Kredite sprechen.» Mit einer solchen Reform würden Finanzblasen und Spekulationsexzesse vermindert, sind sich die Initianten sicher. «Die Too-big-to-fail-Problematik würde entschärft», sagt Meyer. Ziel sei ein nachhaltiges Finanzsystem.

Mit dem Kreuz unterwegs

Bei strahlendem Sonnenschein hat dieser Mann gestern das Kreuz an der Karfreitagsprozession durch die Stadt St. Gallen getragen. Auch in anderen Teilen der Schweiz gedachten die Menschen des Kreuztodes von Jesu Christi.

Bild Ennio Leanza/Keystone

Sachgerechte Berichte über Antibabypille

Das Bundesgericht hat eine Beschwerde von Chemiemulti Bayer abgelehnt. Die Nachrichtensendung «10 vor 10» hat sachgerecht über die Antibabypille Yasmin berichtet.

Von Urs-Peter Inderbitzin

Lausanne. – Die drei «10 vor 10»-Beiträge zu den Gefahren von neuartigen Antibabypillen verletzen den Grundsatz der journalistischen Fairness nicht. Nach Meinung des Bundesgerichts hätten die umstrittenen Beiträge in einzelnen Punkten allen-

falls anders und möglicherweise auch besser gestaltet werden können, das Gebot der Sachgerechtigkeit verletzen sie aber nicht.

Im Mai und Juni 2009 strahlte «10 vor 10» drei Beiträge zu den Gefahren der vierten Generation von Antibabypillen aus. In einem ersten Beitrag am 28. Mai 2009 wurde die Geschichte von Céline nachgezeichnet, die mit 16 Jahren die Antibabypille Yasmin genommen hatte und heute nach einer Lungenembolie schwerstbehindert ist. Im zweiten Beitrag berichtete die Nachrichtensendung über Reaktionen auf den Bericht vom Vortag und präsentierte einen zweiten Fall von

Lungenembolie, der im Zusammenhang mit der Einnahme von Yasmin stehen könnte. Im dritten Beitrag wurden die Risiken von Antibabypillen aufgezeigt, wobei auch «Yasmin» wiederum ein Thema war.

Hochstilisierte «Medienhype»?

Die drei Beiträge riefen die Bayer (Schweiz) AG, welche die Antibabypille Yasmin vertreibt, auf den Plan. Sie beschwerte sich bei der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI). Mit seinen Beiträgen habe «10 vor 10» die journalistische Sorgfaltspflicht verletzt, indem beim Publikum der Eindruck er-

weckt worden sei, Yasmin berge ein besonders hohes Risiko für venöse Thrombosen und Lungenembolien. Mittels starker Emotionalisierung der Problematik sowie einem unsorgfältigen Umgang mit medizinischen und statistischen Fakten habe das Fernsehen eine angeblich besondere Gefährlichkeit von Yasmin suggeriert. Den von der SRG behaupteten Skandal gebe es nicht; vielmehr handle es sich um ein ohne sachlichen Grund hochstilisiertes «Medienhype». UBI und das Bundesgericht lehnten die Beschwerde aber ab.

Urteil 2C_664/2010 vom 6. April

«Man sollte Ottmar in Ruhe arbeiten lassen»

FORTSETZUNG VON SEITE 17

Blieben wir in der Schweiz. Am 1. Juni wird der neue Präsident des Weltfussballverbands Fifa gewählt. Bin Hammam aus Katar tritt gegen Joseph Blatter an. Der zählt nun nicht zu Deinen Freunden. Anfang Jahr hast Du ihm indirekt den Rücktritt empfohlen. Blatter zeigte Dir daraufhin die «Gelb-Rote Karte». Hat das Deine Meinung verändert? Was in den letzten Jahren unter Blatter in der Fifa lief, konnte ich oft nicht nachvollziehen. Einiges, was in Kommissionen beschlossen oder bei Wahlen gelaufen ist, schadete der Fifa und damit dem Fussball insgesamt. Das liegt auch daran, dass Blatter nur Ja-Sager um sich duldet und kritische Geister gnadenlos aussortiert. Die Wahl scheint offen zu sein. Bin Hammam kenne ich nicht. Aber eines

scheint klar zu sein: Beim nächsten Mal läuft alles auf Michel Platini zu. Das wäre auch sinnvoll. Denn die Musik im Weltfussball spielt nun mal in Europa. Auch noch in Südamerika. Aber die hatten mit João Havelange ja ausreichend lang ihren Präsidenten.

Du selbst hast mit dem Wechsel vom Manager zum Präsidenten ja mehr Zeit für Dein Privatleben erreichen wollen. Doch plötzlich bist Du voll mit dem Aufbau der Basketballabteilung bei Bayern München beschäftigt. Ist das ein neues Geschäftsfeld?

Neben Fussball habe ich schon im Gymnasium Basketball gespielt. Ich bin seitdem immer Basketballfan gewesen. Wir haben es in München jetzt mal versucht, und es scheint anzukommen. Bei einem entscheidenden

Spiel um den Aufstieg in die 1. Bundesliga waren 10 000 Zuschauer in der Olympia-Halle, die eine sensationelle Stimmung machten. Jetzt sind wir aufgestiegen und wollen zuerst mal unter die besten fünf kommen.

«Blatter sortiert kritische Geister gnadenlos aus»

Und weil Dich das offenbar noch nicht ausfüllt, reist Du durch die Republik und hältst Vorträge. Alles zum Zeitvertreib?

Die Veranstalter aus der Wirtschaft oder von den Banken zahlen zwischen 20 000 und 30 000 Euro. Das Geld spende ich komplett wohltätigen Organisationen und Einrichtungen. So habe ich im letzten Jahr fast eine halbe Million Euro zusammengebracht. Es geht mir besser, wenn ich helfen kann.

Du warst schon immer ein Mensch mit Prinzipien und politisch interessiert. Aus Deiner Anhängerschaft zur CSU hast Du nie einen Hehl gemacht. Wie stehst Du denn zum Wandel in der Energiepolitik nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima?

Ich war auch erschrocken und habe Bundeskanzlerin Angela Merkel verstanden, dass man jetzt nochmals prüfen muss, ob man alle Beschlüsse zur Kernenergie aufrechterhalten kann. Jetzt allerdings bin ich dafür, nicht nur die älteren Kraftwerke abzuschalten, sondern sofort alle. Alle! Egal, was es kostet. Dann können die Grünen mal den Leuten erklären, warum plötzlich jeder Haushalt 500 Euro im Jahr mehr für Strom bezahlen muss. Und die Claudia Roth von den Grünen kann dann am Kernkraftwerk Tremplin den Bau des zweiten Reaktors miterleben. Und wenn der platzt, eine Wand aufbauen, damit die Strahlung nicht zu uns kommt. Das ist doch ein Witz, was die den Leuten erzählen.

So kenne ich Dich. Vielen Dank für das Gespräch.

Dick Marty will nicht mehr kandidieren

Bern. – Nach Angaben der Tessiner FDP will Ständerat Dick Marty bei den Wahlen im Herbst nicht mehr kandidieren. Das Kantonskomitee sei von Marty schriftlich über diesen Entschluss informiert worden, bestätigte das Sekretariat der Tessiner FDP gestern Tessiner Medienberichte. Aus diesem Grund haben die Tessiner Freisinnigen am Donnerstagabend in einer Versammlung darauf verzichtet, Dick Marty für eine weitere Kandidatur ihr Einverständnis auszusprechen.

Der im Jahr 1945 geborene Marty vertritt den Kanton Tessin im Ständerat seit 1995. Er ist Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben sowie der Kommission für Rechtsfragen. Zudem ist Marty Abgeordneter des Europarats. Dort legte er Anfang Jahr einen international beachteten Bericht über Organhandel im Kosovo ab. Im Bericht erhob Marty schwere Vorwürfe unter anderem gegen den heutigen Regierungschef Kosovos Hashim Thaci. (sda)



Genug vom Ständerat: Der Tessiner FDP-Ständerat will im Herbst nicht mehr antreten. Bild Keystone